

Der Schweizerische Botschafter

Washington, 30. November 1976

VertraulichUnterredung mit Fred C. Iklé

Herr Botschafter,

Es war schon seit einiger Zeit meine Absicht, den amerikanischen "Abrüstungschef" Fred C. IKLE, Direktor der dem Staatsdepartement angegliederten "US Arms Control and Disarmament Agency", näher kennen zu lernen. Dazu bestanden neben materiellen auch naheliegende persönliche Gründe.

Wie Sie wissen, wurde Iklé in der Tat 1924 als Schweizerbürger in St. Gallen geboren. Nach Studien, die er in Zürich begonnen hatte, begab er sich kurz nach Ende des Zweiten Welt-

./.

Herr Botschafter Dr. R. Bindschedler
Rechtsberater des Eidgenössischen
Politischen Departementes
Bern

kriegs in die USA, wo er seine Ausbildung an der Universität von Chicago 1950 mit dem Grad eines Doktors der Soziologie abschloss. Es folgte eine vielfältige Lehrtätigkeit an so renommierten wissenschaftlichen Anstalten wie der Columbia University, der Harvard University und dem Massachusetts Institute of Technology. Dabei ergänzte Iklé diese Tätigkeit durch eine immer intensiver werdende Mitarbeit in der "Rand Corporation", dem bekannten von der Luftwaffe finanzierten "think tank" in Kalifornien. Im Jahre 1973 schliesslich wurde Iklé an die Spitze der Rüstungskontroll-Agentur nach Washington berufen, der er heute noch vorsteht und wo er das volle persönliche Vertrauen Kissingers genießt. Seine Aussichten, angesichts seiner sachlichen Kompetenz auch unter Präsident Carter im Amte zu verbleiben, scheinen, wie man hier hört, ohne freilich Zuverlässiges zu wissen, nicht ungünstig zu stehen, obwohl seine Herkunft aus der vor allem mit der republikanischen Administration verbundenen "Rand Corporation" - die Demokraten und namentlich Carter holen ihrerseits vornehmlich bei der "Brookings Institution" Rat - an sich eher dagegen sprechen würde.

Das angestrebte Gespräch mit unserem "Landsmann", der zwar noch schweizerdeutsch spricht, aber sich konsequent des Englischen befleißigt, ist am 23. November in seinem Amtsräum im

älteren Teil des Staatsdepartements, dem früheren Büro der Staatssekretäre Marshall und Acheson, zustande gekommen. Minister Hohl begleitete mich zu dieser Unterredung.

Iklé benützte einleitend die Gelegenheit, um für die der Konferenz des Abrüstungsausschusses der UNO seit Jahren in Genf gewährte Gastfreundschaft zu danken. Ich nahm meinerseits den Anlass wahr, unter Hinweis auf die Bestrebungen Oesterreichs und des UNO-Generalsekretariates zur Verlegung gewisser internationaler Organe aus Genf nach Wien der bestimmten Erwartung Ausdruck zu geben, dass Genf auch in Zukunft den Vorzug haben werde, die Abrüstungsorgane, deren Ziel unserer eigenen Friedensphilosophie entsprächen, zu beherbergen.

Wir kamen anschliessend auf die Bedeutung des schweizerisch-amerikanischen Atomenergieabkommens von 1965 zu sprechen. Gestützt darauf habe sich, wie ich ausführte, eine mannigfache wissenschaftliche Zusammenarbeit entwickelt, so beispielsweise hinsichtlich des besonders interessanten amerikanisch-bundesdeutsch-schweizerischen HHT-Projektes (Hochtemperatur-Reaktor mit Heliumturbine in geschlossenem Kreislauf). Auch auf andern Gebieten bestehe zwischen amerikanischen Forschungsstellen und dem Eidg. Institut für Reaktorforschung Würenlingen eine gute Kooperation. Indessen seien, wie ich weiterfuhr,

seit einiger Zeit auch gewisse Probleme aufgetaucht, von denen ich drei erwähnen möchte und zu denen uns Iklés Reaktionen interessieren würden, nämlich:

1. Die kürzlichen Tagungen von Körperschaften wie der "American Nuclear Society", der "European Nuclear Society" und des "Atomic Industrial Forum" hätten in ausseramerikanischen Kreisen den Eindruck entstehen lassen, als ob die Europäer in der Technologie der Wiederaufarbeitung und der Kontrolle verbrauchten Kernbrennstoffes weiter fortgeschritten seien als die USA. Gewisse Leute hätten daraus den Schluss gezogen, dass hierin der eigentliche Grund für den amerikanischen Vorschlag eines Moratoriums für die Wiederaufarbeitung zu suchen sei, um auf solche Weise den amerikanischen Rückstand technologisch - und kommerziell - wieder aufzuholen.
2. Sofern die USA die Wiederaufarbeitung in schweizerischen Reaktoren verbrauchten Kernbrennstoffes amerikanischer Herkunft verbieten sollten, könnte dies eines unserer Kernkraftwerke, nämlich Mühleberg, unter den gegebenen Umständen in eine schwierige Situation versetzen und sogar eine Schliessung erforderlich machen. Aus Sicherheitsgründen sei es in der Tat unerlässlich, über Lagerraum für den ganzen Reaktorkern zu verfügen. Dies werde aber auf die Dauer unmöglich sein, wenn der verbrauchte Kernbrennstoff nicht zur Wieder-

aufarbeitung fortgesandt werden könne, wie dies von jeher geplant war, sondern gänzlich in den Lagereinrichtungen des Kraftwerkes selbst aufbewahrt werden müsse.

3. Einander folgende Reorganisationen innerhalb der für die Genehmigung von Wiederausfuhr-Dokumenten für spezielles Kernmaterial zuständigen amerikanischen Behörden habe zudem bei der Versorgung mit angereichertem Uranium ("low enriched 3,15 %") ohne Proliferationsrisiko für das Kernkraftwerk Beznau bedenkliche Unsicherheiten und Verzögerungen eintreten lassen. Die derart geschaffene Ungewissheit über die Kontinuität der amerikanischen Lieferpolitik für Kernbrennstoff an die ausländischen Kunden erscheine der Idee der Non-Proliferation, der auch wir anhängen, ganz allgemein abträglich.

Aus den vorsichtigen, eher reservierten Antworten Iklés lässt sich folgendes festhalten:

- ad 1: Iklé will die in gewissen europäischen Kreisen geäußerten Verdächtigungen hinsichtlich der angeblichen Motive des amerikanischen Moratorium-Vorschlags nicht gelten lassen. Die USA seien durchaus auf der Höhe der Wiederaufarbeitungs-Technologie. Der Moratoriums-Plan Präsident

Fords von Ende Oktober d.J. sei vielmehr eine "policy decision", die sich rein kommerziell für Amerika noch viel nachteiliger auswirken werde als für Europa, aber aus generellen Sicherheitserwägungen von universeller Tragweite hervorgegangen sei.

ad 2: Der Ford-Plan postuliere eine starke Ausweitung der Lagermöglichkeiten für verbrauchten Kernbrennstoff. Im übrigen schaffe die Wiederaufarbeitung in Wirklichkeit noch viel grössere Abfallprobleme. In USA seien heute rund 60 Atomkraftwerke in Betrieb. Kein einziges davon betreibe die Wiederaufarbeitung oder lasse eine solche vornehmen. Die USA seien bereit, uns nötigenfalls bei der Lösung des Lagerproblems behilflich zu sein.

ad 3: Iklé ist sich der im Atomsektor in Washington aufgetauchten Ungereimtheiten bewusst. Man arbeite aber an deren Behebung, und wir dürften mit einer baldigen Besserung rechnen. Nötigenfalls sei man bereit, uns auch hier zur Hand zu gehen.

Wir kommen überein, dass die aufgetauchten Probleme am besten vom Wissenschaftsrat dieser Botschaft, Herrn Christian FAVRE, mit Iklés Stellvertreter, Assistant Director Thomas D. Davies,

./.

Chef des "Non-Proliferation and Advanced Technology Bureau", weiter erörtert werden. Iklé lässt Davies unverzüglich entsprechend avisieren. Herr Favre hat im übrigen die sich technisch und administrativ stellenden Probleme, namentlich während der Uebergangszeit von der Administration Ford auf jene Carters, die er mit Mr. Davies aufnehmen wird, bereits auf Grund vorausgegangener Gespräche auf dem Staatsdepartement und der "Energy Research and Development Administration (ERDA)" im einzelnen niedergelegt; ich füge eine Kopie dieser Aufzeichnung, die die ganze Komplexität der Materie erkennen lässt, zu Ihrer Dokumentation bei.

Iklé zeigte sich im übrigen über die Teilnahme schweizerischer Beobachter an der letzten Sitzung des "Londoner Clubs" und den letzten Stand unseres Ratifikationsverfahrens in bezug auf den Atomsperrvertrag bestens im Bild. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass, nach dem Ständerat, nun auch der Nationalrat, gestützt auf den Befund seiner Kommission, im Dezember den Vertrag genehmigt und so dem Bundesrat die Ratifikation ermöglicht.

Ich gedenke, den Kontakt mit Fred Iklé weiter zu pflegen. Wir erwarten ihn mit seiner Frau demnächst auf der Residenz zum Dinner.

./.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen
Hochachtung.



(R. Probst)

Beilage

Kopie mit Beilage an:

- Politische Direktion, EPD
- Direktion für Internationale Organisationen, EPD
- Finanz- und Wirtschaftsdienst, EPD
- Eidg. Energiewirtschaftsamt
- Eidg. Amt für Wissenschaft und Forschung
- Handelsabteilung, EVD (z.H.v. Herrn Botschafter Jacobi
und Herrn Dr. Madöry)